



Grünfläche in Berlin-Zehlendorf soll erhalten bleiben

13.05.2019, 16:43 Uhr

## Naturschützer legen Widerspruch gegen Baupläne für Flüchtlingsunterkunft ein

Am Dahlemer Weg 247 soll eine urwüchsige Landschaft verschwinden. Der BUND und eine Bürgerinitiative wehren sich erbittert. VON FRANK BACHNER



Die urwüchsige Grünfläche am Dahlemer Weg 247 in Berlin-Zehlendorf. FOTO: THILO RÜCKREIS

Der Kampf um die Natur und der Widerstand gegen die Bebauung der urwüchsigen Grünfläche am Dahlemer Weg 247 im Berliner Bezirk Steglitz-Zehlendorf wird intensiver. Sowohl der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) als auch die Bürgerinitiative „Lebenswertes Licherfelde“, die mehr als 2000 Interessenten vertritt, haben Widerspruch gegen die Pläne des Bezirks eingereicht. Auf einem Teil der **geschützten Grünanlage soll eine Modulare Unterkunft für Flüchtlinge (MUF)** für 500 Flüchtlinge errichtet werden.

Tilman Heuser, der Landesgeschäftsführer des BUND, begründete seinen Einspruch unter anderem damit, dass sich das Bezirksamt nicht ausreichend mit Alternativstandorten und anderen Belangen, etwa dem Umweltschutz, befasst habe. Vielmehr sei das Bezirksamt „wohl fälschlich“ davon ausgegangen, „es müsse der Aufforderung des Senats, die Grünanlage zum Zweck der Bebauung mit MUFs zwingend nachkommen“.

### Tagesspiegel Checkpoint



Heuser verwies auch auf die Flächennutzungspläne seit 1984 sowie auf das Landschaftsprogramm, wo die Fläche als Grünfläche ausgewiesen sei. Aufgrund dieser Planungskonzeption habe das Bezirksamt das Areal damals als Grünfläche ausgewiesen. Auf so einer Fläche könnten nach dem „Entwicklungsgrundsatz 6“ grundsätzlich „keine Baugebiete und andere baulichen Nutzungen entwickelt werden“. Heuser weist in seinem Schreiben auf die große Bedeutung des Naturschutzes hin. „Stadtklimatisch weist die Grünfläche nach den Planungshinweisen Stadtklima 2015 die höchste Schutzwürdigkeit aus.“

Es gebe auch keine überwiegenden Gründe des Allgemeinwohls für die Bebauung. Der Bau von Unterkünften für Flüchtlinge diene zwar unbestritten diesem Allgemeinwohl, doch am Dahlemer Weg 247 überwiegen andere Belange, **vor allem der Naturschutz und das Stadtklima**. Zudem seien aus Sicht des BUND Alternativstandorte vorhanden, bei denen weniger in die Natur eingegriffen werden müsse.

#### Der Bezirk muss nachweisen, dass es keinen angemessenen Ersatzstandort gebe, meint Heuser

Den bloßen Hinweis des Bezirks, es stünden im Bezirk keine anderen geeigneten Flächen zur Verfügung, akzeptiert Heuser nicht. Stattdessen müsse der Bezirk nachweisen, dass es tatsächlich keinen angemessenen Ersatzstandort gebe. Auch planungsrechtlich sei eine Bebauung nicht zulässig.

Der Naturschutz spielt auch beim Widerspruch der Bürgerinitiative eine große Rolle. „Die Planungen zum Bau der MUF schränkt insbesondere den Lebensraum der streng geschützten Wildbienen, Fledermäuse und weiterer Tierarten ein“, schreibt Henning Gerlach, der Vorsitzende der Bürgerinitiative. „Das Biotop dient als überlebenswichtiges Rückzugsgebiet **für viele geschützte Tierarten**. Auch mit anderen geschützten Tierarten, dazu kommen viele geschützte Pflanzen und das wertvolle Totholz, hat sich eine faktische Symbiose entwickelt.“

#### Es geht um die Wildbienenbruttröhen

Ein Mitarbeiter von Ingo Kowarik, dem „Landesbeauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege bei der Senats-Umweltverwaltung“, hat im Juni 2018 bei einer Besichtigung der urwüchsigen Grünfläche „am östlichen Rand des Wäldchens, der an eine Industriebahnfläche grenzt, zahlreiche Wildbienen-Brutröhren“ gefunden. Das schrieb er der Bürgerinitiative.

Die Senats-Umweltverwaltung hatte der Bürgerinitiative allerdings mitgeteilt: „Die Wildbienenbrutröhren befinden sich im Böschungsbereich zur Industriebahnfläche, die von der Baumaßnahme unberührt bleibt.“ Gegen diese Einschätzung hatte sich allerdings Lars Quell, einer der Gründer der Bürgerbewegung, vehement gewehrt. Er schrieb zurück: „Die Bürgerinitiative Lebenswertes Lichterfelde hat die Brutröhren im nördlichen Teil kartiert und mit beweistauglichen Fotos dokumentiert.“

#### **Das Gezerre zwischen Senat und Bezirksamt darf nicht weitergehen**

Die Grünen-Politikerin Bettina Jarasch, Mitglied des Abgeordnetenhauses, sagte zum Vorgehen der Bürgerinitiative und des BUND: "Das Gezerre zwischen Senat und Bezirksamt wegen Flüchtlingsunterkünften in Steglitz-Zehlendorf darf nicht mehr so weitergehen. Seit Monaten spielen Senat und Bezirksamt wegen Flüchtlingsunterkünften in Steglitz-Zehlendorf Ping-Pong und verspielen dabei die Unterstützung der vielen engagierten Bürgerinnen und Bürger vor Ort, die sich für Integration einsetzen."

Mehr zum Thema



**Debatte um neue MUF Standorte**  
**Wilde Natur vs. Flüchtlinge**  
Von Frank Bachner

Die beteiligten Senatsverwaltungen müssen sich endlich mit dem Bezirksamt hinsetzen und alle Standorte sowie alle möglichen Alternativen ernsthaft und offen prüfen. Wir haben keinen akuten Notstand und keine Flüchtlingskrise. Wenn daher jetzt Unterkünfte gebaut werden, muss Integration mitgedacht werden, und das bedeutet Anbindung, Kita- und Schulplätze, gemeinsames Wohnen von Geflüchteten und Nicht-Geflüchteten." Bettina Jarasch hatte die Bürgerinitiative im Dezember ins Abgeordnetenhaus eingeladen. Dort fand ein Gespräch mit mehreren Grünen-Funktionären statt.

**Mehr lesen? Jetzt E-Paper gratis testen!**

**Thema: Flüchtlinge**